



KOMMENTAR

Tarifabschluss erzielt – alles gut?

Politik soll ja bekanntlich die Kunst des Möglichen sein. Tarifpolitik ist demnach die Kunst, einen Kompromiss aus den Maximalforderungen der Arbeitgeber und dem, Gewerkschaften zu finden, mit dem am Ende des Tages alle leben können. Und so hat der erreichte Tarifabschluss sowohl positive als auch negative Seiten.

Zunächst einmal war es ein starkes Zeichen, wie viele gemeinsam in Schwerin für faire Löhne demonstriert haben. Gleichzeitig muss man aber auch feststellen, dass es viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die noch nicht den Mut gefunden haben zu demonstrieren. Somit sind unsere Warnstreiks eher Nadelstiche und auch ein Argument für die Arbeitgeber, keine üppi-

Arbeitgeber trotz dieses Fixpunktes, nicht zu viel auszugeben, nicht in allen Punkten einig waren. So war es in den ersten Verhandlungstagen sehr deutlich zu spüren, dass Teile der Arbeitgeber auf eine Änderung des § 12 TV-L – Arbeitsvorgang – drängten. Wäre es dazu gekommen, hätte es für viele Beschäftigte zu einer „Abwertung“ ihrer Arbeit geführt, was am Ende eine Her-



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

zungen ein gemeinsam vertretbarer Tarifabschluss, oder um in der obigen Sichtweise zu bleiben, Tarifkompromiss zu erreichen ist.

Und so gibt der erzielte Tarifabschluss mit seiner langen Laufzeit von 33 Monaten für die Arbeitgeber Planungssicherheit. Gleichzeitig sorgen aber die Mindestbeträge gerade dafür, dass die unteren Lohngruppen etwas von der Lohnerhöhung haben.

Enttäuschend bleibt aber aus meiner Sicht, dass sich die Arbeitgeberseite geweigert hat, dass Beschäftigte bei Übernahme einer höherwertigen Tätigkeit in die nächsthöhere Entgeltgruppe aufsteigen.

Hier wurde die Chance vergeben, Qualifizierungen attraktiv zu machen und lebenslanges Lernen zu belohnen.

Am Ende kann man eines feststellen:

Faire Löhne bekommt man nicht geschenkt. Sie werden von starken Gewerkschaftlern erkämpft.

Euer Christian Schumacher



Sigmar und Ute im Gespräch mit GdP-Vize und Tarifexperte René Klemmer: "Bund und Kommunen hätten schon manche Schwäche behoben. Die Länder verharren jedoch in ihrer harten Position ..."

gen Lohnerhöhungen zu beschließen. Getreu dem Motto: Wenn es Ihre Kollegen interessieren würde, dann würden sie ja auf die Straße gehen.

Für mich als Gewerkschafter war und ist es zentrales Ziel, gerade für die unteren Einkommensgruppen Verbesserungen zu erreichen.

Für die Arbeitgeber ist es wichtig, trotz sprudelnder Steuerquellen nicht langfristig zu viel auszugeben.

In den Verhandlungen in Potsdam konnte man feststellen, dass sich die

abgruppierung in der Entgeltgruppe und damit Einkommensverluste zur Folge gehabt hätte.

Alle Verbesserungen in der Entgeltordnung wollten die Arbeitgeber aber von einer Einigung in diesem Punkt abhängig machen.

Für die Gewerkschafter vor Ort war diese Forderung unter keinen Umständen akzeptabel. Auch Überlegungen zum Abbruch der Verhandlungen gab es daher. Man kann sich sicherlich vorstellen, wie zäh unter diesen Vorausset-



TARIFVERHANDLUNGEN

Gewerkschaft der Polizei bereitete Warnstreiks vor

Die Gewerkschaft der Polizei hat für den 27. Februar die Tarifbeschäftigten zu Warnstreiks aufgerufen. Dies nahm der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, zum Anlass, sich per Brief an den Finanzminister Mathias Brodkorb und den Innenminister Lorenz Caffier zu wenden.

Die Tarifparteien sind vor staatlicher Einflussnahme geschützt.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2019 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal MV, ist der 1. 4. 2019. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



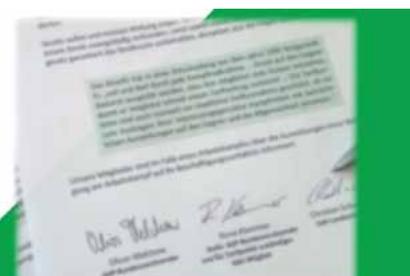
WARNSTREIK



Schumacher wörtlich: „Ich bin es leid, dass die Beschäftigten der Polizei jedes Mal vor den Tarifrunden irgendwelche Schreiben und E-Mails aus den Ministerien bekommen, als wenn Sie

möglichst viele Kosten entstehen, damit er möglichst schnell einem Tarifvertrag zustimmt ... Die Tarifparteien sind auch insoweit vor staatlicher Einflussnahme geschützt, als sie zum Austragen ihrer Interessengegensätze Kampf-

Brief an den
Finanzminister
Mathias Brodkorb
und den
Innenminister
Lorenz Caffier



GdP Landesvorsitzender Christian Schumacher: „Ich bin es leid, dass die Beschäftigten der Polizei jedes Mal vor den Tarifrunden irgendwelche Schreiben und Emails aus den Ministerien bekommen, als wenn Sie gegen das Recht verstoßen, wenn sie streiken.“



Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern

www.gdp.de/mv +++ www.facebook.com/gdp.mv +++ www.twitter.com/GdP_MV

gegen das Recht verstoßen, wenn sie streiken.“

mittel mit beträchtlichen Auswirkungen auf den Gegner und die Allgemeinheit einsetzen.“

Und weiter: „Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig festgestellt, es „soll und darf durch jede Kampfmaßnahme ... Druck auf den Gegner dadurch ausgeübt werden, dass ihm

Die Ministerien können sich sicher sein, dass die Mitglieder ihre Rechte und Pflichten selber kennen und keine Belehrungen benötigen.

WIR IN DEN SOCIAL MEDIA

GdP MV
auf Facebook



GdP M-V
auf Twitter



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp.mv

www.twitter.com/GdP_MV



TARIFVERHANDLUNGEN – WARNSTREIK – SCHWERIN

Deutliches Zeichen aus Schwerin an die Tarifgemeinschaft der Länder

Der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher: „Es ist kein Gnadenakt der Arbeitgeber, wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine anständige Bezahlung und eine gerechte Eingruppierung bekommen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“ Mehr als 3000 Lehrer, Polizisten, Forst- und Feuerwehrleute oder Verwaltungsmitarbeiter standen gestern Mittag (27. 2. 2019 – Anm. der Redaktion) zwischen der Staatskanzlei M-V und dem Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin und riefen mehrmals: „Sechs Prozent mehr!!!“ ... also UNSERE BERECHTIGTE FORDERUNG für ein höheres Gehalt.

Schumacher: „Ich bin wütend“

Die Wut der Demonstranten war deutlich zu hören, aber auch unser GdP-Landesvorsitzender sagte deutliche Worte: „Ich bin wütend“, rief er den Demonstranten zu!!! Die „Verhaltenshinweise“ aus dem Finanzministerium oder der „Mitarbeiterbrief“ des LPBK MV nahmen unsere Tarifbeschäftigten nicht an. Jegliche Art

von Einschüchterungsversuchen nehmen wir nicht hin. „Ich bin wütend auf diese Typen, die uns erklären wollen, warum wir nicht streiken sollen“, so Schumacher.

Schumacher erwartet vom Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), dass er heute (28. 2. 2019 – Anm. der Redaktion) in Potsdam ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch legt! Das Geld ist da!



TARIFVERHANDLUNGEN – WARNSTREIK – SCHWERIN



TARIFVERHANDLUNGEN – WARNSTREIK – HAMBURG



TARIFVERHANDLUNGEN – BESOLDUNGSANPASSUNG



Finanzminister Mathias Brodkorb
Fotoquelle: FIM MV

Tarifabschluss wird wirkungsgleich übertragen – Mehrausgaben von 400 Mio. Euro

Nr.7/12 | 4. 3. 2019 | FM | Finanzministerium

Am Wochenende (Kw 9/2019 – Anm. der Redaktion) verständigte sich die Tarifgemeinschaft der Länder mit den Gewerkschaften auf einen Tarifabschluss. Bis zum Jahr 2021 sollen die Gehälter der Angestellten des Landes um rund 8 Prozent, mindestens aber 240 Euro steigen. Durch die Zusage, das Ergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten zu übertragen, kommen auf das Land Mehrausgaben von 400 Mio. Euro in den kommenden drei Jahren zu.

Über die Details der Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten wird mit den Gewerkschaften in den kommenden Wochen gesprochen. Grundsätzlich hatte man sich bereits im Rahmen der letzten Besoldungsanpassung auf eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses abzüglich von 0,2 Prozent für den Aufbau der Versorgungsrücklage verständigt. Finanzminister Ma-

thias Brodkorb: „Es ist gut, einen Abschluss mit einer Laufzeit von fast drei Jahren erreicht zu haben. Das schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten und verhindert insbesondere streikbedingten Unterrichtsausfall an den Schulen. Mit Steigerungen von über 3 Prozent in diesem und im nächsten Jahr orientiert sich der Abschluss an den Lohnzuwächsen in der Privatwirtschaft und sichert so die

Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Allerdings wird dies das Land einiges kosten: Wir rechnen derzeit mit zusätzlichen Personalkosten von bis zu 400 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren.“

Anmerkung der Redaktion: Das Ergebnis des/der Gespräch(e) lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

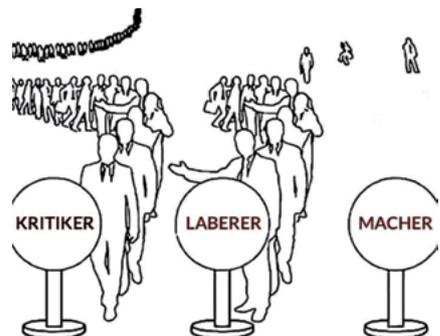
Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



... mal darüber nachdenken ...



Tarifverträge sind das Ergebnis von Kräfteverhältnissen. War so, ist so und wird immer so bleiben. Alle, die nicht bei den Warnstreiks bzw. Demonstrationen im letzten Monat waren, in den Spiegel gucken und einfach mal drüber nachdenken



LANDESSENIORENKONFERENZ

„Erfahrung gestaltet Zukunft“



Als neuer Vorsitzender der Landessenioren wurde Manfred Seegert gewählt.

Mit dem Geschäftsbericht spiegeln wir vier Jahre unserer Vorstandsarbeit wider:

Als Schwerpunkt seiner Tätigkeit sah das Gremium von Anbeginn an, die weitere Entwicklung der Seniorenarbeit, besonders aber die Verbesserung der Grundlagen dafür, dass wir die noch im Berufsleben stehenden GdP-Mitglieder auf dem Weg zum GdP-Senioren möglichst nicht verlieren. Zur Erreichung dieses Ziels gab

Unter dem Motto fand am 6. März 2019 die Landesseniorenkonferenz statt. Neben den 39 Delegierten waren der Landesseniorenvorstand und KG-Vorsitzende angereist. Zu den Gästen gehörten der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher, der Landes-GdP-Ehrenvorsitzende Michael Silkeit, der Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig, die für die Bundessenioren Verantwortliche Gudrun Hoffmann und der Landtagsabgeordnete Manfred Dachner. Der Seniorenkonferenz lagen insgesamt zwei Anträge zur Abstimmung vor.

es durchgängig eine Verständigung mit den Vertretern bzw. Vorsitzenden der Seniorenbereiche der Kreisgruppen. Einen engen diesbezüglichen Gedankenaustausch führten wir kontinuierlich mit unserem GdP-Landesvorsitzenden, aber auch im GdP-Landesvorstand sowie bei allen Treffen des „Norddeutschen Bundes“ und in den Bundesgremien. Mehr sporadisch und auch unterschiedlich erfolgte der unmittelbare Kontakt vom Seniorenvorstand zu den Kreisgruppenvorsitzenden; hier sehen wir in der nächsten Wahlperiode weitere Aufgaben. Dazu gehört vorrangig die Gewinnung von Seniorenvertretern in den Kreisgrup-

pen Insel Rügen, Greifswald und Wolgast. Eine feste Grundlage für die nächsten Schritte in diesem Zusammenhang war die Entwicklung einer Senioreninformationsmappe sowie die Planung und Organisation der Pilotveranstaltung eines Tagesseminars für angehende Seniorinnen und Senioren.

Mitgliederanteil wird weiter steigen

In unserem Landesverband sind mit Stand Ende Januar 2019 475 Seniorinnen und Senioren organisiert; ihr Mitgliederanteil wird aufgrund der Pensionierungszahlen weiter steigen. Mussten wir noch vor vier Jahren den



LANDESSENIORENKONFERENZ

Zuwachs der Pensionäre und Rentner aufgrund der 89 Austritte von 2011 bis 2015 sehr kritisch sehen, können wir heute feststellen, dass von 2015 bis Ende März dieses Jahres 46 Austritte/Kündigungen zu Buche stehen. Dass ist eine knappe Halbierung der Austritte zum Vergleichszeitraum, kann uns aber nicht zufriedenstellen. Sicher stehen hinter jedem Austritt sehr unterschiedliche Beweggründe. Aber die Aussagen, dass es sich lohnt, im Ruhestand in der GdP zu verbleiben, haben sich verstärkt. Verfolgt man das Landesjournal der DEUTSCHEN POLIZEI, ist das auch dadurch zu erkennen, dass mehr und mehr die Veranstaltungsangebote durch die Senioren angenommen werden.

Die funktionsbedingten Teilnahmen an den Bundesseniorenvorstandssitzungen und entsprechende Auswertungen im Landesseniorenvorstand sind durch den Vorsitzenden oder seine Stellvertreter realisiert worden. Kontinuierlich nahm ein Mitglied des geschäftsführenden Landesseniorenvorstandes am „Norddeutschen Treffen“ der Landesseniorenvorsitzenden teil. 2018 waren wir selbst Gastgeber und organisierten den Erfahrungsaustausch in Schwerin und eine Besichtigung des dortigen Schlosses.

Mit Bernd Voß als Mitglied im GdP-Landesvorstand und Manfred Seegert im geschäftsführenden Landesvorstand war jederzeit eine feste Brücke zu diesen Gremien gegeben.

Ständiger Teil der Vorstandsarbeit war die Öffentlichkeitsarbeit. Diese Aufgabe hat das gesamte Gremium wahrgenommen. Die gute Seniorenarbeit spiegelt sich auch in den Artikeln in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ wider, die wir der guten Zusammenarbeit mit dem Landesredakteur des Landesbezirks, Marco Bialecki, und Peter Anders mit dem Blick für das Wesentliche zu verdanken haben.

Es gab kaum eine Vorstandssitzung, in der nicht rechtliche Probleme diskutiert worden sind, die den Seniorenbereich tangiert haben. Kern dieser Belange war zweifellos das mit der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 23. August 2007 anhaltend schwelende Problem der Anerkennung des Pflegegeldes für die Rentenberechnung in unserem Land. In den auszugsweise angeführten Aktivitäten ist zu ersehen, dass wir nie nachgelassen haben, den aus unserer Sicht berechtigten Anspruch gegenüber der Politik auszusprechen.

Sicher ist auch dies ein Grund dafür, dass mit Entscheidung des Landessozialgerichts MV vom 30. Januar 2019 nun endlich die über zehn Jahre dauernde Forderung der GdP erfüllt wurde: Das Pflegegeld geht nun in die Berechnung der Rente mit ein.

Versorgungsbezüge und Renten

Durch Mitglieder aufgeworfen wurde die Problematik des Zusammenstehens von Versorgungsbezügen und Renten. Nach einer rechtsanwaltlichen Konsultation konnten wir den Mitgliedern vermitteln, dass beamtenrechtliche Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen einer bestimmten Höchstgrenze gezahlt werden, wenn daneben eine Rente gezahlt wird (§ 55 Beamtenversorgungsgesetz). Weitere Themen waren die Besteuerung von Renten oder die Höhe von Ausgleichszahlungen bei besonderen Altersgrenzen.

Ende 2017/Anfang 2018 konnten wir den Umgang des Finanzministeriums mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur verspäteten Ost-West-Besoldungsanpassung der Jahre 2008/2009 verfolgen. Trotz mehrerer Gespräche der Gewerkschaften und unseres Landesvorsitzenden Christian Schumacher mit der Forderung, einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Beamtinnen und Beamten zu schaffen, lehnte die Landesregierung ab; nach ihrer Auffassung entfaltet das Urteil keine Rechtswirkung auf unser Land. Damit war auch für die GdP das Ende der politischen Auseinandersetzung erreicht. Und trotz der Einmalzahlung und einer Gewähr der Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger bis 2022 war der Unmut der Gewerkschaftsbasis über die Haltung der politisch Verantwortlichen groß.

Einige Worte zur Zusammenarbeit mit den polnischen Senioren: Seit 2008, dem Bestehen der Freundschaftsverträge mit den polnischen Senioren aus Swinemünde und Stettin, hat es im Wesentlichen eine kontinuierliche und gute Zusammenarbeit gegeben. Ein Bruch zeigte sich ab 2016. Bei den durch unsere Seite aufwendig vorbereiteten Treffen erschienen die polnischen Senioren trotz Zusage nicht oder es gab keinerlei Reaktion auf unsere Einladungen. Bei der letzten Einladung durch die Stettiner Se-

nioren, und unserer verbindlichen Zusage, gab es in Polen keinen Kontakt. Vor dem neuen Vorstand wird die Aufgabe stehen, eine weitere Zusammenarbeit zu prüfen.

Abschließend bedanken wir uns bei allen, die in den Gremien der Landes-GdP und in den Kreisgruppen durch ihr Wirken und Dabeisein die Landesseniorengruppe in ihrer Arbeit und ihrem Leben bereichert und weiterentwickelt haben.

Neuer Vorstand



Auf der Landeseniorenkonferenz wurde zudem ein neuer Geschäftsführender Landesseniorenvorstand gewählt. Neuer Vorsitzender wurde Manfred Seegert (KG Stralsund), stellvertretende Vorsitzende Renate Randel und Peter Anders (KG Neubrandenburg), Schriftführer Werner Vehlow (KG Schwerin) und stellvertretender Schriftführer Joachim Büttner (KG Nordwestmecklenburg).

**Der geschäftsführende
Landesseniorenvorstand**

ÄNDERUNGSMITTEILUNG

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V, Platz der Jugend 6,
19053 Schwerin**

oder:

– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp.de

Euere GdP-Landesgeschäftsstelle



Sehr geehrter Herr Minister,

die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei LBPA/LPBK wendet sich an Sie mit dem Vorschlag, den Bäderdienst in Mecklenburg-Vorpommern neu zu gestalten.

Der Tourismus in unserem Land genießt im gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus ein hohes Ansehen. Viele Millionen Menschen verbringen regelmäßig die für sie schönsten Wochen im Jahr in unserem Land. Um allen Besucherinnen und Besuchern einen rundum gelungenen Urlaub zu ermöglichen, hat die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit elementare Bedeutung. Auch aus diesem Grund werden in jedem Jahr seitens des LBPA, üblicherweise im Zeitraum von Juni bis September, ca. 80 Beamtinnen und Beamte in den Bäderdienst abgeordnet. Damit bildet der Bäderdienst eine feste Größe in den Planungen sowohl der Präsidien als auch des LBPA. Diese Abordnungen, die im gleichen Zeitraum im Amt durchzuführenden Ausbildungspraktika und die geplanten Jahresurlaube der Mitarbeiter mit ihren Familien stellen jedoch die BPHn vor große personelle Probleme. Aus diesem Grunde ist eine Erhöhung der Abordnungszahlen aus hiesiger Sicht nicht zweckdienlich. Sie würde die Einsatzbereitschaft der Behörde gefährden. Dieses kann nicht im Interesse des Ministeriums und der Präsidien sein.

Nach jetzigem Stand steht im genannten Zeitraum nur maximal eine Hundertschaft zur Verfügung. Schon diese Hundertschaft muss bei Bedarf aus zusammengefassten Kräften der 1. und 2. BPH gebildet werden. Um die tatsächlichen Belastungen zu verdeutlichen, an dieser Stelle einige statistische Zahlen. Jeweils täglich von Montag – Freitag im Praktikumszeitraum waren – in zeitlicher Staffelung - die nachfolgend aufgeführten Mitarbeiterzahlen involviert:

- Grundpraktika: 2 Durchgänge; gesamt ca. 40 PVB (1. und 2. BPH)
- Führungspraktika: 3 Durchgänge; gesamt ca. 25 PVB (1. und 2. BPH)

Der Zeitraum der Grundpraktika (11. Juni 2018 – 27. Juli 2018) erwies sich im vergangenen Jahr schwerpunkthaft als äußerst problematisch, kräftezehrend und Einsatzwert mindernd. Insbesondere auch, da die in den Praktika als Ausbilder eingesetzten Mitarbeiter vorrangig einsatzerfahrene Beamte, Gruppen- und Zugführer sind. Diesbezüglich wäre in diesem Jahr von den gleichen Belastungen auszugehen.

Gemäß Erlass hat der Einsatz der Bäderdienstkräfte mit speziellen Aufträgen zu erfolgen. Jedoch ist festzustellen, dass dieser weitestgehend als bloße Integration der Mitarbeiter des LBPA in den Dienstsichten zur Kompensierung eigenen Personalmangels erfolgt. Diese Verfahrensweise relativiert aus unserer Sicht den Erfolg des Bäderdienstes und stellt ursprüngliche, lageabhängige Erfordernisse eines Kräfteaufwuchses in der Fläche infrage. Diese Aussage soll keinesfalls eine Wertung der Dienstorganisation betroffener Polizeidienststellen darstellen, sondern widerspiegelt unsere Erfahrungen und Erkenntnisse aus Besuchen der Bäderdienststellen und aus Gesprächen mit dort tätigen PVB.

Wir unterbreiten Ihnen folgenden Vorschlag, bitten um Prüfung und sind gern bereit, in einem Gespräch das Für und Wider zu erläutern: Es findet keine Abordnung in den Bäderdienst nach jetziger Verfahrensweise statt. Alle Einsatzkräfte verbleiben in der Verfügbarkeit und der Planung des LBPA. Die Koordinierung der Unterstützungseinsätze würde über die Sachbearbeitung Einsatz des LBPA erfolgen. Einsätze mit Bäderdienstbezug haben selbstverständlich Priorität.

Aus unserer Sicht wären mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise folgende Vorteile und Synergieeffekte verbunden:

1. Der Einsatz der Kräfte würde nach Anforderung ausschließlich in den Bäderdienstorten erfolgen.
2. Es stehen, anlassbezogen, eine höhere Anzahl an Einsatzkräften zur Verfügung.
3. Der Einsatz der Kräfte wird durch eine verbesserte Planbarkeit der Einsätze zu besonderen Einsatzlagen flexibler.
4. Die Anlässe und der damit verbundene Verwaltungsaufwand zur temporären Aufhebung bei möglichen Großlagen würden sich reduzieren.
5. Das PP Neubrandenburg ist, insbesondere, mit der Durchführung des Bäderdienstes belastet. Der Einsatz des 4. Zuges der 2.BPH im Rahmen des Bäderdienstes könnte wesentlich zur Entlastung dieser Situation beitragen.
6. Das Land könnte auf Anforderungen aus anderen Bundesländern eine größere Anzahl an Einsatzkräften stellen.

Die vorgeschlagene Verfahrensweise erbringt aus unserer Sicht eine höhere Effizienz für die Planung und den Einsatz der Kräfte.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Krämer, Vorsitzender der Kreisgruppe LBPA/LPBK MV

